

Feuer einstellen!

Fast auf den Tag genau acht Jahre nach dem Irak-Krieg haben die USA, Frankreich und Großbritannien am 19. März eine neue große Militäraktion in Libyen gestartet - "die größte internationale Militärintervention in der arabischen Welt seit dem Einmarsch der US-Truppen in den Irak 2003" (ARD-Tagesschau, 20.3.).

Hunderte Bomben und Raketen wurden, Tod und Zerstörung bringend, bereits in den ersten Tagen dieser "mehrphasigen Militäroperation" unter dem Codenamen "Odyssey Dawn" ("Morgenröte der Odyssee") von Kampfflugzeugen und Kriegsschiffen im Mittelmeer auf Libyen abgeschossen.

Den rechtlichen Vorwand dafür lieferte die am 17. März mit zehn gegen fünf Stimmen beschlossene Resolution Nr. 1973 des UNO-Sicherheitsrats. Sie verkündete nicht nur eine "Flugverbotszone", sondern genehmigte auch Militärschläge aus der Luft und von See her. Nur die "Stationierung einer ausländischen Besatzungsmacht" wurde ausgeschlossen. Wie lange noch?

Illegitim

Von Anfang an handelte es sich in Libyen um einen bewaffneten innerstaatlichen Konflikt. Er ist mit der Formel „Einsamer Diktator führt Krieg gegen sein Volk“ nicht erfassbar. Die politischen Ziele der Aufständischen sind bis heute völlig unklar; immerhin agieren sie unter der Fahne der untergegangenen Monarchie. Ihr Widerstand war von Anfang an ein bewaffneter. Das Völkerrecht verbietet die Einmischung in innerstaatliche Konflikte, es sei denn, sie hätten den Charakter eines Völkermordes. Von dem kann in Libyen keine Rede sein. Die militärische Intervention tastet damit Grundnormen des Völkerrechts an: Das Gewaltverbot zwischen Staaten. Der internationalen Willkür und dem Recht des Stärkeren wird nun nach den Kriegen in Jugoslawien, Afghanistan und Irak noch mehr Vorschub geleistet.

Humanitärer Militäreinsatz?

Das Drehbuch ist stets ähnlich. Zuerst kommt die Dämonisierung, dann folgen unbewiesene Schreckensmeldungen und schließlich der Ruf nach „humanitären“ Einsätzen. Ein Blick auf die Folgen derartiger Einsätze im Kosovo, in Afghanistan und im Irak müsste ausreichen, um zu begreifen, dass sich nichts positiv verändert hat sondern Leid und Elend für die

Bevölkerung vergrößert wurden.

Doppelte Standards

Im Jemen und in Bahrain erhalten die Oppositionskräfte keinerlei Unterstützung. Niemand protestiert, wenn sich stockreaktionäre Regime gegenseitig bei der Unterdrückung unterstützen. Deren Beteiligung an den Militäraktionen in Libyen ist sogar ausdrücklich erwünscht.

Vermitteln statt bomben

Wer die Zivilbevölkerung schützen will, muss sich in einem Bürgerkrieg für Verhandlungen und Vermittlungen einsetzen. Sie wurden z. B. von Chavez und der Afrikanischen Union angeboten, doch von den Aufständischen zurückgewiesen. Von den Staaten, die nun ihre Kriegsschiffe und Flugzeuge einsetzen, wurde kein Gedanke daran verschwendet.

Die echten Ziele

Das Ziel der westlichen Militärintervention ist nicht der Schutz der Bevölkerung und die friedliche Regelung des Konflikts, sondern die Errichtung eines anderen politischen Regimes über Libyen. Von ihm erhoffen sich die Interventionsmächte, dass es sich als einheimischer Statthalter für die Öl- und Rohstoffinteressen westlicher Großkonzerne und für die Machtinteressen von USA und EU im Mittelmeer- und Nahostraum noch besser eignet als das Gaddafi-Regime in den letzten Jahren. Ziel ist die Schaffung eines Brückenkopfes in der arabischen Welt, der sich gegen alle Bestrebungen nach mehr nationaler Unabhängigkeit, nach mehr sozialen und demokratischen Rechten richtet.

Wer solidarisch ist mit den Bewegungen nach Demokratie, sozialen Rechten und selbstbestimmter Zukunft, der muss sich gegen den Krieg stellen. Und gegen jede Einmischungen von außen. Der muss der Heuchelei der Bundesregierung entgegentreten, die den Krieg und seine Ziele aktiv unterstützt.

DKP im Internet:
www.dkp-minden.de
www.kommunisten.eu


DKP
Minden

V.i.S.d.P.: Gerd v. d. Ahe, Brahmweg 11, 32427 Minden